

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 387 - 392**

Die Berichte über die Umbenennungen von Mohrenstraße und Kaiser-Wilhelm-Platz in Berlin werden zurzeit für die Veröffentlichung in unseren Leitseiten vorbereitet!

**01) Die Fronten bleiben. Streit um die Umbenennung der Mohrenstraße in
Mitte geht weiter**

Die Fronten bleiben

Streit um die Umbenennung der Mohrenstraße in **MITTE** geht weiter

1134 Widersprüche sind beim Bezirksamt von Berlin-Mitte gegen die Umbenennung der Mohrenstraße eingegangen, 300 wurden wieder zurückgezogen, weil für den Einspruch hohe Gebühren erhoben werden. Seitdem steht der Bezirk Mitte in der Kritik. Undemokratisch sei dieser Verwaltungsakt und die Umbenennung der Straße. Auch hätten sich viele mehr Bürgerbeteiligung gewünscht. Doch was ist dran an den Vorwürfen?

Von „undemokratisch“ kann keine Rede sein. Die Umbenennung wurde von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen. In einer repräsentativen Demokratie entscheiden Volksvertreter und nicht alle Bürger. Die Umbenennung ist also eine demokratisch legitimierte Entscheidung.

Allerdings hätte der Bezirk die Bürgerinnen tatsächlich mehr einbeziehen können. Menschen aus Mitte konnten keine Vorschläge für neue Namen abgeben. Das ist sonst üblich. Vor der Umbenennung der nach einem Kolonialherren benannten Wissmannstraße in Neukölln fanden mehrere Gesprächsrunden mit Anwohner:innen statt. Über dort abgegebene Namensvorschläge stimmte eine Jury ab. Am Ende gab es nur eine einzelne Klage gegen die Umbenennung.

Wie stehen nun die Chancen der Kläger:innen? Es gab bereits ähnliche Fälle in anderen Städten, in denen Klagen von Anwohner:innen stets abgewiesen wurden.



Einer stört. Dass die Benennung Mohrenstraße nicht bleiben soll, hat die BVV bereits beschlossen. Foto: dpa / Gerald Matzka

Zu demselben Schluss kam auch das Bezirksamt Neukölln. Die Wissmannstraße wurde umbenannt, obwohl das Gerichtsurteil zur Klage einer Bürgerin noch aussteht. Die Rechtsabteilung sei zu dem

Schluss gekommen, dass diese keine Aussicht auf Erfolg habe, sagte Pressesprecher Christian Berg.

Anders könne es aussehen, wenn zum Beispiel einer Firma in der Straße durch die Umbenennung große Kosten oder Nachteile entstehen. Im Fall der Mohrenstraße handele es sich um 30 Klagen von Anwohner:innen, teilt das Bezirksamt Mitte mit. 1104 Menschen klagen also nicht, weil sie persönlich betroffen sind, sondern weil sie die Umbenennung für falsch halten. Diese Klagen dürften aber wenig aussichtsreich sein.

Über die Mohrenstraße wird seit Langem diskutiert. Der von Kritiker:innen als rassistisch empfundene Straßename soll in Anton-Wilhelm-Amo-Straße geändert werden. Der neue Namensgeber gilt als der erste Schwarze deutsche Philosoph und Rechtsgelehrte. Gegner:innen der Umbenennung führen an, dass nicht bewiesen sei, dass der Straßename auf die Kolonialzeit zurückgehe. Sie finden, dass „Mohr“ mitnichten ein Schimpfwort sei.

Vor allem Vertreter:innen der Schwarzen Community in Berlin und die Mehrheit der Bezirksverordneten sehen das anders. Der Begriff gehe auf die Zeit der Versklavung schwarzer Menschen und ihres unfreiwilligen Dienstes am Berliner Hof zurück. Wie genau der Straßename zustande kam, ist historisch tatsächlich nicht eindeutig. JULIA WEISS

Aus: Der Tagesspiegel vom 17.07.2021, Seite 3 in der Regionalbeilage „Leute“

Anmerkung der Redaktion: In der „Berliner Zeitung“ hatte der Historiker Götz Aly seine Leser aufgefordert, an das zuständige Bezirksamt von Berlin-Mitte zu schreiben, um gegen die Umbenennung vorzugehen. Das Bezirksamt drohte diesen daraufhin mit hohen Gebühren. Sieht so demokratischer Diskurs aus? Siehe nächste Meldung aus der Berliner Zeitung vom 24.06.2021, S. 9, die wir bereits im AWR-Nr. 793 veröffentlicht hatten:

02) Widerspruch kann teuer werden. Bezirk Mitte weist auf Verwaltungskosten bei Eingaben gegen Straßenumbenennung hin

Von Dominik Bardow und Elmar Schütze

Widerspruch kann teuer werden

Bezirk Mitte weist auf Verwaltungskosten bei Eingaben gegen Straßenumbenennung hin

DOMINIK BARDOW, ELMAR SCHÜTZE

Die Umbenennung der Mohrenstraße in Mitte ist umstritten. Viele Menschen empfinden den Namen als rassistisch. Andere kämpfen für den Erhalt des historischen Namens. Darunter der Historiker und Kolumnist der Berliner Zeitung, Götz Aly. Jüngst forderte er, man möge per Brief Widerspruch beim Bezirksamt Mitte gegen die längst beschlossene Umbenennung einlegen. Das haben viele Leser gemacht. Das Bezirksamt reagierte mit einer Warnung vor möglicherweise hohen Gebühren.

Viele Leser zeigten sich davon überrascht. In gleichlautenden Schreiben wies das Bezirksamt sie darauf hin, dass für die Bearbeitung des Widerspruchsverfahrens Gebühren anfallen. Diese betragen zwischen 36,79 Euro und 741,37 Euro. Die genaue Höhe werde nach dem entstandenen Verwaltungsaufwand festgesetzt. „Wenn Sie den Widerspruch zurücknehmen, würde keine Gebühr anfallen“, lautete der letzte Satz des maschinell erstellten Schreibens. Daraufhin empörten sich Dutzende Leser in Anrufen und Mails über die „Unverschämtheit“ und „Erpressung“. Was steckt hinter dem Vorgang? Ist die Gebühr ein Sonderbehandlung im Bezirk Mitte oder der Normalfall?

Andere Bezirksämter sind auf Anfrage zunächst ratlos, ob und welche



Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Umbenennung 2020 beschlossen.

Gebühren sie für Widersprüche erheben. In Bezirken wie Spandau, Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf sind Straßenumbenennungen respektive Einsprüche offenbar selten. Doch Verwaltungsgebühren seien der Normalfall, etwa für einen Personalausweis.

Der Bezirk Mitte hat deutlich mehr Erfahrung mit Umbenennungsverfahren, etwa im Afrikanischen Viertel. Dort gab es auch Widersprüche, aber keine Vorwarnung und überraschte Bürger mit Gebührenbescheiden im Briefkasten. „Dies sollte diesmal vermieden werden“, teilt das Bezirksamt Mitte mit. Geregelt seien die Gebühren in der Ver-

waltungsaufwandes pro Widerspruch. Dies tat das Bezirksamt Mitte im August 2020 beschlossene Umbenennung in Anton-Wilhelm-Amo-Straße Widerspruch einlegen, muss dann aber mit einer Gebühr rechnen. Verhindern kann man die Gebühr nur, wenn man den Widerspruch zurückzieht. Rechtschutzversicherungen übernehmen derartige Kosten nur selten.

Eine Verpflichtung zur Beteiligung von Anwohnern bei der Umbenennung von Straßen besteht nicht, wird aber immer wieder von Parteien gefordert. Vor Gericht sind nur Klagen gegen Umbenennungen zulässig, die von Anwohnern und Gewerbetreibenden in der Straße stammen. „Die BVV hätte ja auch einen Bürgerentscheid machen können“, sagt Stefan Förster von der FDP Berlin. CDU, FDP und AfD waren gegen eine Umbenennung der Straße. Förster rät, dass überhaupt nur diejenigen Widerspruch einlegen, bei denen „eine materielle Betroffenheit“ vorliege – etwa Gewerbetreibenden aus der Straße, die für Adressänderungen bezahlen müssten. Denkbar wäre auch ein unentgeltlicher Einwohnerantrag bei der BVV oder eine Unterschriftensammlung.

Allerdings können bei mehreren gleichlautenden Widersprüchen die Gebühren auf 20 Prozent gesenkt werden, wegen des geringeren Ver-

03) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg



Am Anfang stand für uns unser „Offener Brief“ an das Bezirksamt Berlin Tempelhof-Schöneberg und die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung – Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, AfD, Die Linke. Die AfD ließ ein Flugblatt gegen die Umbenennung am Kaiser-Wilhelm-Platz verteilen.

Bertram von Boxberg, Bündnis 90/Die Grünen, aus der „Rattenfängerstadt Hameln“ war es gelungen, CDU und FDP in das Boot der Geschichtsfälschung zu holen: nun wird der Platz, der im Zuge der für uns bedeutenden historischen „Reichsstraße 1“, liegt, am 18. Oktober umbenannt. Die Reichsstraße 1 führt von Aachen über Berlin nach Königsberg/Pr., sie führt durch u.a. durch Deutsch Krone und andere Orte in Westpreußen.

In beiden Fällen wurde von der Mehrheit der entsprechenden Parteienvertreter eine **Bürgerbeteiligung** abgelehnt. Im Bezirk Mitte war immerhin die die Umbenennung ebenfalls fordernde Partei Die Linke aus der gemeinsamen Front mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgeschert und hatte eine Bürgerbeteiligung gefordert. Sie wurde von ihren „Partnern“ überstimmt....



Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

Offener Brief

Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet. Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten

Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekennntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Seite 392 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 794 vom 22.07.2021

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender